

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Gabriele Triebel

Abg. Björn Jungbauer

Abg. Markus Walbrunn

Abg. Dr. Martin Brunnhuber

Abg. Nicole Bäuml

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr Bock auf Demokratie - Politische Bildung und Demokratie an Schulen stärken! (Drs. 19/2660)

Bevor ich die Aussprache eröffne, kurz noch mal der Hinweis: Hier ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Als erster Rednerin erteile ich der Kollegin Triebel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Demokratie ist das Fundament unseres freiheitlichen und friedlichen Zusammenlebens. Das ist das abstrakte Ideal. Aber Demokratie ist, wie wir wissen, viel mehr. Demokratie ist lebendig und dynamisch und muss genau wie unsere Gesellschaft ständig neu gestaltet werden. Und wenn ich nach rechts außen schaue: Demokratie muss auch ständig neu verteidigt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Demokratie muss mit Leben gefüllt werden. Der Ort, an dem dies beginnt, sind unsere Schulen. Dass wir hier in Bayern bei der demokratischen Bildung an Schulen Nachholbedarf haben, sieht auch die Staatsregierung so. Doch mit der neu eingeführten Verfassungsviertelstunde lässt sie leider nur ein laues Lüftchen durch die Schulen wehen. Eine Viertelstunde in der Woche über die Verfassung zu sprechen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, reicht bei Weitem nicht aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn wenn wir die Herausforderungen der populistischen und rechtsextremen Strömungen, Fake News und der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung wirklich ernst

nehmen wollen, dann braucht es kein laues Lüftchen, sondern einen konstant starken Wind, der in allen Ecken der Schule zu spüren ist.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Liebe Kollegin, eine kurze Unterbrechung. – Ich bitte um etwas mehr Ruhe, und bitte führen Sie keine Einzelgespräche. Es ist etwas unruhig im Plenarsaal. – Bitte schön.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Unsere Kernforderung für mehr wirksame Demokratiebildung an den weiterführenden Schulen ist deshalb: Kein Jahr ohne politische Bildung. Daran führt kein Weg vorbei. Wir fordern keine lauen 15, sondern starke 90 Minuten in der Woche.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Doch Schülerinnen und Schüler sollen nicht nur über Demokratie lernen, sondern sie müssen sie auch erleben. Was wir jüngst von Ministerpräsident Söder zum Thema "Demokratie achten" erleben durften, ist mehr als beschämend. Weil ihm die Forderung einer Petition nicht passt, wischt er die Petition einer Schülerin selbstherrlich einfach vom Tisch, ohne dass die Petition im Parlament überhaupt behandelt wurde. Nach so einem Verhalten kann sich Herr Ministerpräsident Söder die Verfassungsviertelstunde eigentlich ganz sparen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Demokratie beginnt im Kleinen, in den Klassenzimmern und auf den Schulhöfen. Was hindert uns daran, Schülerinnen und Schüler viel stärker in die Entscheidungen ihrer Schule einzubeziehen? Das beste Lernen ist doch dann, wenn ich selbst erleben und ausprobieren kann. Umso unverständlicher ist es, dass das Kultusministerium die beiden Modellprojekte "Schulparlamente" und "Mehr Mitbestimmung in der Grundschule" einfach so auslaufen lässt. Bei deren Abschlussveranstaltungen im Sommer waren Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfaktionen, genauso begeistert

wie ich von diesen tollen Modellen, die die Schulen mit so viel Herzblut und mit voller Überzeugung repräsentierten. Jetzt soll damit aber wieder Schluss sein. Haben Sie den Mut, unserem Antrag zuzustimmen, damit es mit den Schulparlamenten an unseren bayerischen Schulen weitergehen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir wissen, Demokratie ist kein Selbstläufer. Sie muss gepflegt, erlebt und gestaltet werden. Das beginnt bei unseren jüngsten Bürgerinnen und Bürgern – in den Schulen. Demokratie muss mit Leben gefüllt werden, indem wir den Schülerinnen und Schülern Raum für Mitbestimmung geben, ihre Verantwortung stärken und ihnen zeigen, dass ihre Stimme zählt. Damit machen wir sie stark, stark vor allem gegenüber rechtsextremer Rattenfängerei, die unsere freiheitliche demokratische Grundordnung zerstören will. Lassen Sie uns also den jungen Menschen starke Werkzeuge an die Hand geben, die sie zu starken Demokratinnen und Demokraten machen. Deshalb appelliere ich an Sie, frei nach Willy Brandt: Lassen Sie uns mehr Demokratie in unseren Schulen wagen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Jungbauer für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Björn Jungbauer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Mehr Bock auf Demokratie" – als ich den ersten Teil des Titels Ihres Antrags gelesen habe, habe ich mich gefreut, weil ich gedacht habe, es kommt eine Änderung des Bundeswahlgesetzes und die Abkehr von der Entwertung der Stimmkreismandate und der Abhängigkeit von Listenplatzierungen, die innerparteilich festgelegt werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das war mein erster Gedanke. Ich habe aber gelernt, bis zum Ende zu lesen. Ich kann aber auch nach dem erneuten Lesen heute nichts anderes sagen als bei der Behand-

lung im Ausschuss am 11. Juli: Ich bleibe bei der Ablehnung dieses Antrags, da weite Teile dieses Antrags schon jetzt umgesetzt sind. Ich komme zu den einzelnen Punkten:

Die Erfahrbarmachung der Demokratie an Schulen. Die Schülerinnen und Schüler in Bayern haben bereits heute ein umfassendes Mitbestimmungsrecht und Partizipationsrecht. Sie können sich artikulieren, sie können diskutieren und sie können sich vor allem aktiv einbringen im Status quo. Im BayEUG ist die SMV bereits verankert, und weiterhin wird geprüft, ob weitere Elemente wie beispielsweise ein Schülerparlament noch Einzug nehmen könnten. Ab der fünften Jahrgangsstufe gibt es einen zweistündigen Politik- und Gesellschaftsunterricht. Wir wissen, dass die Ergebnisse der Universität Bielefeld nur bedingt aussagekräftig sind und Bayern hier deutlich breiter aufgestellt ist, weil es eben mehr als nur ein Leitfach der politischen Bildung gibt. Bei der Ausgestaltung des LehrplanPLUS hat man besonderes Augenmerk auf die Stärkung der historisch-politischen Bildung gelegt, und es gibt Leitfächer der politischen Bildung an allen Schularten.

Vor allem gibt es unsere Verfassungsviertelstunde. Ich glaube, sie ist ein Erfolgsmodell, und sie ist ein zentrales und neues Element. Wir zeigen einmal wieder, dass Bayern eine besondere Stellung mit positivem Ausgang hat. Es ist ein Erfolgsmodell, vor allem weil es lebensnahe Beispiele bringt und gesellschaftliches Zusammenleben vor macht. Daher brauchen wir keine Ausweitung der Studentafel. Das im Koalitionsvertrag festgehaltene Ziel, dass jeder Schülerin und jedem Schüler die Möglichkeit einzuräumen ist, an unseren KZ-Gedenkstätten die Geschichte zu erleben, ist wichtig. Das ist auch gut so. Ich kann mich selbst noch daran erinnern, als wir damals mit der Schule in Flossenbürg waren. Die eindrücklichen Erlebnisse bleiben. Ich würde unserem Abgeordneten Atzinger, der im Bildungsausschuss gefordert hat, die Erinnerungskultur abzuschaffen, raten, genau aus solchen Gründen einmal dorthin zu fahren. Es ist auch notwendig – und das ist bereits der Fall –, besonders gut ausgebildete Lehr-

kräfte zu haben, die die Rundgänge fachlich und pädagogisch begleiten. Es ist gut, dass die Fahrtkostenerstattungen verdoppelt werden sollen.

Studierende für politische Bildung zu begeistern, ist Aufgabe von uns allen. Sorgen wir dafür, dass die Politik wieder Spaß macht, auch für die Menschen draußen. Das Ergebnis der Shell-Studie von dieser Woche ist ganz gut, wonach 51 % der Jugendlichen wieder Lust auf Politik haben, anders als 2019, als es nur 36 % waren. Das zeigt, dass wir den Antrag nicht brauchen, sondern das Ganze einfach leben müssen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir legen bereits im Studium sehr viel Wert auf die Ausbildung der Lehrkräfte. In verschiedenen Phasen der Ausbildung gibt es unabhängig von der Fächerverbindung fest verankerte Unterrichtsinhalte wie im Seminar. Daher haben wir keine Nacharbeit oder Nachhilfe nötig, sondern wir sind in Bayern an der Spitze der politischen Bildung und der Demokratieerziehung. Bei allem Selbstbewusstsein glaube ich aber auch, dass wir immer wieder auch Hausaufgaben zu erledigen haben. Das merken wir selbst im Hohen Haus, leider heute auch wieder an vielen Stellen. Daher lassen Sie uns dies gemeinsam weiterentwickeln mit den bekannten Elementen. Daher schlage ich vor, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung der Kollegin Triebel vor. Bitte schön.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Verehrter Kollege Jungbauer, ich war jetzt erstaunt über den Vergleich von SMV und Schulparlament. Sie kennen doch den Unterschied zwischen der SMV und den Schulparlamenten. Sie wissen doch, wie die SMV gewählt wird, wen sie repräsentiert und wer die Mitglieder sind. Sie sagen, dass die SMV ausreicht und wir keine Schulparlamente brauchen. Warum haben wir dann den Modellversuch Schulparlamente durchgeführt?

Björn Jungbauer (CSU): Ich kenne den Unterschied. Wie ich vorhin hoffentlich richtig ausgeführt habe, ist das eine bereits verankert, die SMV, und bei den Schulparlamenten wird auf Grundlage der Modellversuche überprüft, ob es sinnvoll ist, diese zu verankern. Das tun wir. Unsere Kultusministerin nickt. Daher gibt es keine Notwendigkeit, irgendetwas zu vermengen, zu tauschen oder gegeneinander auszuspielen. Wir tun beides. Das eine gibt es schon, und beim anderen schauen wir, ob eine bayernweite Einführung aufgrund der Ergebnisse der Modellversuche sinnvoll ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Walbrunn für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Markus Walbrunn (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Ich weiß nicht, worüber man mehr schmunzeln soll – darüber, dass ausgerechnet die GRÜNEN sich um die politische Bildung und die demokratische Gesinnung der Jugend Sorgen machen, oder über die Bundesländer, die man uns in dem vorliegenden Antrag als Vorbilder verkaufen möchte: Bremen, Berlin, Brandenburg, NRW. Auf der Basis der Bildungsrankings bin ich bisher immer davon ausgegangen, dass in den dortigen Kultusministerien eher die talent- und glücklose Nachkommenschaft des Königs Midas haust. Letzterer konnte bekanntlich alles in Gold verwandeln. – Ihre Vorbilder hingegen? Na ja, sagen wir es einmal so: Goldmedaillen sind für diese keine zu vergeben, eher Dauer-Abos auf Teilnahmeurkunden.

Daher könnte man es sich mit Ihrem Antrag "Mehr Bock auf Demokratie" einfach machen und es bei der Feststellung bewenden lassen, dass jeder, der es gut mit Bayerns Schülern meint, sie so weit wie irgend möglich von der Bildungspolitik Ihrer grünen Helden fernhält.

(Beifall bei der AfD)

Ganz so leicht will ich Sie dann doch nicht davonkommen lassen. Sie geben immerhin vor, die politische Bildung und das Interesse für Demokratie an den Schulen stärken zu wollen. Hierfür sollen Klassenräte und Schülerparlamente verbindlich vorgeschrieben, ab der 5. Jahrgangsstufe ein zweistündiger Politik- und Gesellschaftsunterricht verankert und der Besuch von mindestens einer KZ-Gedenkstätte pro Schullaufbahn obligatorisch eingeführt werden. Darüber hinaus sollen die Fächerkombinationen für das Unterrichtsfach Politik und Gesellschaft erweitert sowie die politische Bildung ein verbindliches Modul im Lehramtsstudium werden.

Um gleich vorweg einen Mythos auszuräumen: Ihnen von den GRÜNEN – das ist in Ihrer Rede, Frau Triebel, sehr deutlich geworden – geht es ganz gewiss nicht darum, sachliche politische Bildung zu vermitteln oder das Interesse für demokratische Partizipation und parlamentarische Prozesse zu wecken. Das wären tatsächlich hehre Ziele. Aber keine Sorge: Dessen sind Sie gänzlich unverdächtig.

Nein, worum es Ihnen geht, ist, die Kinder und Jugendlichen wieder auf Linie zu bringen, nachdem sie Ihnen in den letzten Jahren in Scharen von der Fahne gegangen und zu uns, zur AfD, übergelaufen sind.

(Beifall bei der AfD)

An diesem Punkt unterliegen Sie einem entscheidenden Denkfehler: Diesen Jugendlichen fehlt es nicht an politischer Bildung oder an Begeisterung für Demokratie. – Sie können sich das höhnische Lachen gleich sparen. – Die haben Bock auf Demokratie, die haben Bock auf Freiheit. Genau deshalb kommen sie ja zu uns und lassen Sie, die grünen Verbotsfetischisten und Sittenwächter, links liegen.

(Beifall bei der AfD)

Es ist Ihre zerstörerische Politik, die die Jugend mittlerweile so schnell davonlaufen lässt, dass man ihnen mit dem sozialdemokratischen Rollator und auf dem grünen Lastenrad einfach nicht mehr hinterherkommt.

(Heiterkeit bei der AfD)

Aber zurück zu den vorgeblichen Zielen des Antrags respektive den darin vorgeschlagenen Maßnahmen. Wie Kollege Jungbauer Ihnen bereits richtigerweise erklärt hat, ist das meiste ohnehin Realität an Bayerns Schulen. Politische Themen werden hierzulande in unterschiedlichen Schulfächern – Deutsch, Geschichte, Sozialkunde usw. – intensiv behandelt. Sie können da ganz beruhigt sein. Ich habe selbst in Englischbüchern schon astreine grüne Propaganda für die Energiewende gefunden. Selbst dort, wo es nicht in den offiziellen Lehrmaterialien steckt, bringt es doch die Ihnen traditionell zugeneigte Lehrerschaft schon mit eigenen Unterrichtsmitteln ein.

Ich verstehe ja die linke Verzweiflung aufgrund des unerwarteten Liebesentzugs. Aber nichts für ungut: Eine grün angestrichene Staatsbürgerkunde brauchen wir deshalb noch lange nicht.

(Beifall bei der AfD)

Glauben Sie mir: Es wird nicht helfen.

Was die Schülerparlamente anbelangt, so ist der Fall differenziert zu betrachten. Diese können je nach Implementation durchaus sinnvoll sein, um den Kindern und Jugendlichen eine Möglichkeit zu geben, die Schule mitzugestalten, und sie zu mehr Engagement für die Gemeinschaft zu motivieren. Hierzu gab es – es wurde erwähnt – in Bayern schon erfolgreiche Modelle. Wir sollten den Schulen für die Umsetzung möglichst breiten Handlungsspielraum geben.

Abschließend wiederhole ich: Bayern sollte sich gewiss kein Beispiel an den norddeutschen Landen nehmen. Von den dortigen – stets bemühten – Kultusministerien kann man sicherlich das eine oder andere lernen, vor allem, wie man etwas nicht machen sollte.

Wenn wir den Goldschatz, den die Potenziale unserer Kinder darstellen, heben wollen, dann kann ich nur dazu raten, den Blick gen Osten zu richten – allerdings noch etwas

weiter als in das phrygische Anatolien des Königs Midas, nämlich gleich in das Reich der aufgehenden Sonne. In diesem Sinne: Banzai!

Wir lehnen Ihren Antrag ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Brunnhuber für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte schön.

Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Zuhörer, wir haben heute schon die Ehre gehabt. – Zu dem Antrag der GRÜNEN "Mehr Bock auf Demokratie – Politische Bildung und Demokratie an Schulen stärken!" muss man ein paar Fakten nennen.

Das Erste: Demokratie lernen heißt Demokratie leben! Das geschieht bereits an den Schulen in unserem Freistaat, und zwar nicht nur in den Leitfächern der politischen Bildung – Politik und Gesellschaft, Geschichte, Geografie, Wirtschaft und Recht –, sondern im Rahmen vieler Maßnahmen mit dem Ziel, die Demokratiebildung und die politische Bildung zu stärken. Politische Bildung ist eine gemeinsame Aufgabe aller Schularten in allen Fächern. In den Lehrplänen ist bewusst Raum für Projekte und damit für die Möglichkeit der vertieften Auseinandersetzung geschaffen worden. In sprachlichen, aber auch in naturwissenschaftlichen Fächern kann man tagespolitische Themen aufnehmen. Ich kann Ihnen versichern, dass dies in der Praxis bereits geschieht. Ich weiß, wovon ich rede; denn ich war lange genug Lehrer.

Viele Projekte sind im Schulleben schon etabliert. Die politische Bildung ist in unserer Schullandschaft fest verankert. Jetzt dürfen wir eines nicht machen: Wir dürfen nicht wieder alles schlechtreden! – Es besteht die Gefahr, dass mit Anträgen wie diesem wieder nur das Negative hervorgeholt wird. Wir müssen schon auch schauen, welche positiven, guten Dinge wir schon voll etabliert bzw. verankert haben.

Aus meiner eigenen Erfahrung als Lehrer kann ich Ihnen versichern, dass unsere Schülerinnen und Schüler heute schon Bock auf Demokratie haben. Wir brauchen nicht neue Maßnahmen. Wenn man sich in Schulklassen wirklich unterhält, dann sieht und spürt man, dass die Schüler und Schülerinnen interessiert daran sind. Sie wollen teilhaben; die Möglichkeit der Teilhabe müssen wir ihnen geben.

Zu dem Besuch der Gedenkstätten: Es ist selbstredend, dass wir gerade in der heutigen Zeit eine besondere Verantwortung gegenüber Israel und den Juden in Deutschland haben. Auch insoweit unterstützt das Kultusministerium, angeführt von unserer Kultusministerin Anna Stolz, bereits die Schüler, zum Beispiel bei den Fahrtkosten und der inhaltlichen Vorbereitung solcher Besuche. Also: Wir machen hier schon sehr viel.

Wir haben bereits Formen der Mitbestimmung, die etabliert und im BayEUG verankert sind. Kollege Björn Jungbauer hat einige schon genannt. Klassensprecher gibt es flächendeckend. Ich nenne auch die Schülermitverantwortung, SMV, und das Schulforum.

Jetzt werden zahlreiche, sehr gute Modellprojekte durchgeführt. Ich erinnere an die Veranstaltung, die wir gemeinsam besucht haben, Kollegin Triebel, auf der ein hervorragendes Modellprojekt, initiiert von unserer Kultusministerin, vorgestellt wurde. Der Schulversuch "Schulparlamente und Schülerparlamente stärken" startete bereits im November 2022.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Mit der SMV an Grundschulen und den Erkenntnissen aus den Modellversuchen müssen wir jetzt auch in die Fläche gehen. Ich bin mir sicher, dass diese Notwendigkeit vom Kultusministerium erkannt wurde und dass es zu einer Ausweitung kommt. Vielen Dank, dass du das bestätigt hast, liebe Gabi.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Was die aktuellen Maßnahmen zur Demokratieerziehung angeht, so nehme ich auf die Verfassungsviertelstunde Bezug: Wer hierfür 90 Minuten fordert, der hat ein romantisches Bild von Schule und die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Wir haben genug andere Baustellen. Ich denke, wir sind auch im Hinblick auf die Verfassungsviertelstunde einen sehr großen Schritt im Sinne der Demokratiebildung in Bayern gegangen.

Letztlich lautet die Erkenntnis: Wir haben die richtigen Strukturen, die richtigen Programme und vor allen Dingen die richtigen Menschen für die politische Bildung unserer jungen Generation. Lassen Sie jetzt die Lehrkräfte vor Ort einfach machen! Was sie bereits leisten, ist sehr beeindruckend. Oben auf der Tribüne sehen wir Lehrkräfte, die am Parlamentsseminar teilnehmen. Ich vertraue ihnen diese hohe Aufgabe an und bin dankbar, dass sie sie erfüllen. Vielen Dank.

Von unserer Seite keine Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Herr Kollege. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Triebel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vor. Bitte schön.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Lieber Kollege Brunnhuber, bist du wirklich der Meinung, dass in der Schullaufbahn von Realschülerinnen und Realschülern zwei Stunden Politik und Gesellschaft in der 10. Klasse ausreichen? Bist du wirklich dieser Meinung? Das kann ich mir gar nicht vorstellen.

Meine zweite Frage: Ja, wir haben uns tolle Modellversuche angeschaut. Ich nehme zur Kenntnis, dass das Ministerium prüft, ob es damit weitergehen kann. Wenn diese Modellversuche so toll sind – wieso stellt ihr diesen Schulen nicht gleich in Aussicht, dass es weitergeht? Wieso müssen sie das Ganze erst abwickeln, um es dann wieder aufzubauen? Das verstehe ich nicht. Sie sagen, dass es so toll ist. Wieso haben Sie

sich dann nicht vorher darum gekümmert, dass es mit diesen Modellversuchen nahtlos weitergeht, damit Sie dann mit den Modellversuchen auch in die Fläche kommen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Die Maßnahmen, die hier laufen, sind vielfältig; das ist genau der Punkt. Man darf nicht immer nur eine Maßnahme herauspicken und sagen: Die ist zu wenig. – Sondern man muss den ganzen Blumenstrauß betrachten, um das schöne Bild zu erkennen, im Blumenstrauß gedacht. Die Anstrengungen, die wir hier unternehmen, ziehen sich nicht nur quer durch die Fächer, sondern sie ziehen sich auch durch dieses Vorleben. Ich glaube, das habe ich ausführlich dargelegt. Ich würde nur davor warnen, immer nur einzelne Dinge herauszupicken und diese einzelnen Dinge zu kritisieren, ohne das Gesamtpaket zu betrachten. Meistens sind die Antworten auf komplexe Fragestellungen auch komplex.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Bäumlner von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Nicole Bäumlner (SPD): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die beiden Redner der Regierungsfractionen haben schon sehr ausführlich dargelegt, warum politische Bildung und Demokratieerziehung so wichtig sind. Dem stimme ich vollumfänglich zu. Aus Ihrer Sicht ist dieser Antrag der GRÜNEN völlig unnötig, und hier stimme ich nicht zu. Aus Ihrer Sicht ist im bayerischen Bildungssystem eh schon quasi alles umgesetzt, was in diesem Antrag gefordert wird, oder – wie Kollege Jungbauer sagt – zumindest in weiten Teilen. Das sehe ich natürlich anders.

(Unruhe)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Frau Kollegin, entschuldigen Sie ganz kurz. – Ich bitte um etwas mehr Ruhe. Ich weiß, man ist gekommen. Wir haben gleich

eine Abstimmung. Ich bitte um etwas Ruhe und darum, der Kollegin auch zuzuhören.
Danke.

(Anna Rasehorn (SPD): Frau Bäuml er hat Schlaues zu sagen!)

Nicole Bäuml er (SPD): Dieser Blick auf die Schulen und vor allem auch auf die Demokratieerziehung und die politische Bildung macht mich als Lehrerin schon ein Stück weit fassungslos; denn der Blick wird durch eine rosarote Brille geworfen, die die Realität leider ziemlich verzerrt. Wir reden nichts schlecht, wie Kollege Brunnhuber gesagt hat; wir haben nur als SPD-Fraktion einfach diese rosarote Brille nicht auf, sondern wir sehen die Realität, und wir sehen Handlungsbedarf. Deshalb stimmen wir diesem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD)

Wir stimmen diesem Antrag zu, weil wir absolut davon überzeugt sind, dass man Demokratie nur lernen und vor allem auch schätzen kann, wenn man Demokratie selbst erfahren, selbst erleben kann. Das gelingt am besten im eigenen Handeln. Demokratie muss gelebt werden in allen gesellschaftlichen Settings, und damit eben auch in der Schule. Wie soll das also beispielsweise besser gehen als mit einem Klassenrat oder einem Schulparlament, und dann eben auch richtig? – Deswegen braucht es die gesetzliche Verankerung im bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz.

Zweitens braucht es aber auch eine gute theoretische Grundkenntnis zum Thema Demokratie, damit wir sie nicht nur leben, sondern auch gut verstehen können. Deswegen ist auch die Ausweitung des Politik- und Gesellschaftsunterrichts eine sehr, sehr sinnvolle Sache.

Drittens. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, vielleicht erinnern Sie sich noch: Die SPD hat bereits im Sommer einen Antrag zu verpflichtenden Besuchen von KZ-Gedenkstätten für die Schülerinnen und Schüler bis zu ihrem Schulabschluss einge-

bracht und damit verbunden natürlich auch die Ausstattung, damit diese Besuche gut stattfinden können.

(Unruhe)

Ich möchte an dieser Stelle schon noch anmerken,

(Glocke des Präsidenten)

dass das eine Forderung ist, die wir auch im Koalitionsvertrag der CSU und der FREI-EN WÄHLER lesen können. Aber natürlich wurde der Antrag abgelehnt. Ich muss schon sagen: Man unterschreibt einen Koalitionsvertrag, ist dann aber sozusagen nicht bereit, die aufgeführten Forderungen auch umzusetzen. Da frage ich mich schon, ob das wirklich seriöses politisches Handeln ist, sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage mich auch, welchen Stellenwert die Regierungsfaktionen diesem wichtigen Thema beimessen. Ich kann für mich und für die SPD-Fraktion sagen: Wir sehen die große Bedeutung der KZ-Gedenkstätten-Besuche. Wir sehen aber auch die Bedeutung der politischen Bildung und der Demokratieerziehung insgesamt. Da kann ich auch Kollegin Triebel nur beipflichten: Ein Verfassungsviertelstündchen reicht da bei Weitem nicht aus. Es muss mehr sein. Deshalb stimmen wir diesem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags.

Die Abstimmung wird in namentlicher Form digital durchgeführt. Sie kennen das Verfahren. Für die Abstimmung stehen drei Minuten Zeit zur Verfügung. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 19:55 bis 19:58 Uhr)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, darf ich um Ruhe bitten? Die drei Minuten sind um, die Abstimmung ist geschlossen. Das Ergebnis wird ermittelt und nachher bekannt gegeben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(...)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bevor ich in der Tagesordnung fortfahre, gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Mehr Bock auf Demokratie – Politische Bildung und Demokratie an Schulen stärken!", Drucksache 19/2660: Mit Ja haben 32 gestimmt, mit Nein haben 110 gestimmt; keine Enthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.10.2024 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Mehr Bock auf Demokratie - Politische Bildung und Demokratie an Schulen stärken! (Drucksache 19/2660)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin				Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse				Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter				Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann			
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina			
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg				Flierl Alexander			
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl		X	
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes	X			Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert			
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz				Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas				Goller Mia	X		
Blume Markus				Gotthardt Tobias			
Böhm Martin		X		Graupner Richard		X	
Bötl Maximilian				Grießhammer Holger	X		
Bozoglu Cemal	X			Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Groß Johann			
von Brunn Florian	X			Gross Sabine			
Dr. Brunnhuber Martin		X		Grossmann Patrick			
Dr. Büchler Markus	X			Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin	X			Prof. Dr. Hahn Ingo			
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren	X			Hanna-Krahl Andreas	X		
Dierkes Rene		X		Hartmann Ludwig	X		
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef		X	
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim		X	
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian	X		
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina			
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim			
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin			
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzingler Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard			
Post Julia			
Preidl Julian			
Rasehorn Anna	X		
Rauscher Doris			
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf			
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter			
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter			
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth			
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta		X	
Winhart Andreas			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	32	110	0